§ 0688 ZPO

(1) Wegen eines Anspruchs, der die [Zahlung](#) einer bestimmten Geldsumme in Euro zum Gegenstand hat, ist auf Antrag des Antragstellers ein [Mahnbescheid](#) zu [erlassen](#).

(2) Das Mahnverfahren findet nicht statt:

1. für Ansprüche eines Unternehmers aus einem [Vertrag](#) gemäß den §§ [491 BGB](#) bis [508 BGB](#), wenn der gemäß § [492 Abs. 2 BGB](#) anzugebende effektive Jahreszins den bei [Vertragsschluss](#) geltenden Basiszinssatz nach § [247 BGB](#) um mehr als zwölf Prozentpunkte übersteigt;
2. wenn die Geltendmachung des Anspruchs von einer noch nicht erbrachten Gegenleistung abhängig ist;
3. wenn die Zustellung des Mahnbescheids durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen müsste.

(3) Müsste der [Mahnbescheid](#) im Ausland zugestellt werden, so findet das Mahnverfahren nur insoweit statt, als das Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. November 2015 ([BGBl. I S. 2146](#)) und das Auslandsunterhaltsgesetz vom 23. Mai 2011 ([BGBl. I S. 898](#)), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. November 2015 ([BGBl. I S. 2018](#)) geändert worden ist, dies vorsehen oder die Zustellung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union erfolgen soll.

(4) Die Vorschriften der [Verordnung](#) (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens (ABl. L 399 vom 30.12.2006, S. 1; L 46 vom 21.2.2008, S. 52; L 333 vom 11.12.2008, S. 17), die zuletzt durch die [Verordnung](#) (EU) 2015/2421 (ABl. L 341 vom 24.12.2015, S. 1) geändert worden ist, bleiben unberührt. Für die Durchführung gelten die §§ 1087 bis 1096.